

Europas Zukunft in der Vergangenheit?

Zum „Europäischen Gedenktag für die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ am 23. August

von Henrike Müller und Ulrike Liebert

Europa ist mehr als einheitlicher Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion oder Brüssel. Der aktuellen Medienberichterstattung zufolge sind die Errungenschaften der europäischen Integration aber in der Krise: Schuldenkrise, Führungskrise, institutionelle Krise und nicht zuletzt Identitätskrise. Manche sehen für das europäische Projekt keine Zukunft mehr. Dabei wird oft vergessen, was die Europäer inzwischen alles eint und was diese nicht mehr missen wollen. Eine – nicht nur online - europaweit vernetzte Jugend hat Zukunftsperspektiven, die sich nicht auf Nationalstaaten beschränken lassen. Kunst- und Kulturprojekte sowie Wissenschaft und Forschung sind national ebenso wenig denkbar. Aber Europa fehle die Seele, wenden viele ein. Nein, wir haben nur vergessen, was Europa ausmacht und was der Ursprung des Einigungsprojekts war und ist.

Überlebende von Schrecken, Krieg und Verbrechen gegen die Menschlichkeit machten sich vor mehr als 60 Jahren auf, um westlich vom Eisernen Vorhang für kommende Generationen die Grundlagen für eine friedliche und zivilisierte Zukunft zu erschaffen. Vier Jahrzehnte später erkämpfte sich der östliche Teil Europas dieselbe Zukunftsvision und damit die Chance, die Spaltung des Kontinents auf dem friedlichen Wege der Völkerverständigung zu überwinden. Dieser Weg von dem durch zwei Weltkriege und den Kalten Krieg geteilten zum geeinten Europa

war und ist nicht einfach, das war kaum zu erwarten. Viel Unrecht ist aufzuarbeiten, Verantwortung für vergangene Taten ebenso wie persönliches Leid anzuerkennen und zu verarbeiten. Wie ist dies möglich, wie kann Verständigung und Vertrauen zwischen den Menschen im Neuen Europa entstehen, ohne dass neue Wunden geschlagen und Vorurteile reaktiviert werden?

Symbole und Rituale können hierfür hilfreich sein. Daher machte das Europäische Parlament mit seiner Entschließung „Europas Gewissen und der Totalitarismus“ vor zwei Jahren den entscheidenden Schritt, den 23. August als „Europäischen Gedenktag für die Opfer von Stalinismus und Nazismus“ für alle Mitgliedsstaaten der EU einzuführen. Dieser Tag soll uns jedes Jahr daran erinnern, welche unvorstellbaren Unmenschlichkeiten auf europäischem Boden – teilweise noch in allerjüngster Vergangenheit - möglich waren. Er soll gleichermaßen ins Gedächtnis rufen, dass es die Überwindung des Totalitarismus ist, was die Europäer eint. Das bis Russland hin erweiterte Europa sucht nach einer auch in gegenwärtigen und künftigen Krisen belastbaren gemeinsamen Identität? Dann müssen wir uns – wie auch Wladislaw Bartoszewski mahnt - auf die „Suche nach der europäischen Geschichte machen“, nach dem gemeinsamen Nenner für „Europas Gewissen“ und einer Bedingung für friedliche „gutnachbarschaftliche Koexistenz“.

Holocausterinnerung in Lettland: „Ich dachte, ich könnte vergessen“

von Christine Meibeck

„Ach, Erde, bedecke mein Blut nicht, und mein Schreien finde keine Ruhestatt! Hiob 16; 18“ ist in den Stein aus schwarzem Marmor gemeißelt. Er ist umgeben von mehr als 5000 Granitfelsen, mitten in einem Kiefernwald in Riga. Diese Steine wurden nicht errichtet auf bloßer Walderde, sondern auf den Überresten von mehr als 40.000 Menschen, die hier während des Zweiten Weltkrieges auf schreckliche Art ihr Leben verloren, unter ihnen hauptsächlich deportierte Juden. Damit gehören die Massaker im Wald von Bikernieki zu den größten Massenexekutionen im Holocaust. Im Akkord wurden hier pro Tag manchmal mehrere tausend Menschen erschossen.

Doch nicht nur der Wald von Bikernieki wurde zum Schauplatz solch grausamer Verbrechen. Ebenfalls traurige Berühmtheit erlangte das Wäldchen Rumbula, wo Exekutionen von schier unvorstellbarem Ausmaß durchgeführt wurden: An nur zwei Tagen, dem 30. November und dem 8. Dezember 1941, wurden hier 25.000 jüdische Menschen erschossen.

So erschreckend und unvorstellbar in ihren furchtbaren Ausmaßen die Massenmorde in den Wäldern Lettlands waren, so lange gerieten sie in Vergessenheit: Während der Sowjetzeit von 1944 – 1990 erinnerte sich beinahe niemand an die Opfer des Holocaust. Zwar gab es in Bikernieki einen Gedenkstein, doch unerwähnt blieb, wer die Opfer waren, wie sie starben und aus welchen trivialen Gründen. Die Massengräber waren nur gekennzeichnet durch einfache Bordsteine, der Wald selbst diente als Naherholungsgebiet der Rigenenser. Erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kehrten die Erinnerungen langsam nach Lettland zurück. Maßgeblich daran beteiligt war der deutsche Politiker Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen; 1994 – 2009 MdB): „Dort war unvorstellbar Fürchterliches geschehen und praktisch niemand wusste mehr davon. Das war der Anstoß, an der Sache dran zu bleiben.“



Gedenkstätte in den 1990er Jahren,

Dieser Anstoß führte schließlich zur Errichtung des Denkmals am 30. November 2001. Auf den Tag genau 60 Jahre nach dem Massaker von Rumbula erhielten die Opfer endlich ein würdiges Begräbnis. Doch Aufmerksamkeit auf hoher politischer Ebene bedeutet noch keine Aufmerksamkeit in der lettischen Gesellschaft. Noch immer werden die Erinnerungen an den Holocaust überschattet von den übermächtigen Erinnerungen an 46 Jahre sowjetischer Unterdrückung, deren Aufarbeitung auch erst spät begonnen hat. Den wenigen Überlebenden der weit über 50.000 Menschen, die von der Sowjetunion in die Arbeitslager Sibiriens deportiert wurden,

war es lange Zeit verboten, über das Erlebte zu sprechen: Erst im Zuge der Revolutionen in den 80er Jahren gerieten Wort und Bild an die Öffentlichkeit.

Und so ist es auch heute noch die eigene Erinnerung als Opfer der Sowjetunion, die an erster Stelle steht. Erst dann folgt die Opfererfahrung der anderen: der Juden aus Deutschland, Österreich, Tschechien. Hinzu kommt, dass diese fremden Opfererfahrungen eng verbunden sind mit den eigenen Täteranteilen, denn die Verbrechen der Deutschen in Lettland wurden maßgeblich unterstützt von 160.000 lettischen Kollaborateuren.

Wie also diesen Konflikt der doppelten Erinnerung lösen, wie den Drahtseilakt, beiden Opfergruppen gerecht zu werden, vollführen? Und warum überhaupt erinnern? „Es ist ein bisschen komplizierter als der übliche Slogan Nie wieder!“, erklärt Winfried Nachtwei.

„Erinnern allein muss noch nicht friedensfördernd sein. Oft läuft es auch so, dass die Erinnerung an die eigene Opfergeschichte Nährboden bietet für Revanchismus.“



Gedenkstätte 2001

Fotos: Winfried Nachtwei

Deshalb lautet Nachtweis Losung: Offene Erinnerung. „Es ist von elementarer Bedeutung, dass man auch das Leiden der anderen zur Kenntnis nimmt, wahrnimmt, an sich heranlässt. Nur eine solche offene Erinnerung bietet eine Chance für ein Menschenrechtslernen. Und darauf kommt es ja an, auf Menschenrechtslernen.“ Somit wird die Anerkennung des eigenen und fremden Leidens zum Akt der Toleranz, der Völkerverständigung, des Friedens.

Was das Beispiel Riga angeht, so zeigt es auch ganz deutlich: ein Vergessen ist unmöglich. Die Erinnerung an 70.000 Tote darf nicht nur nicht verdrängt werden – sie lässt sich nicht verdrängen. Wenn sich am 30. November diesen Jahres das Massaker von Rumbula zum siebzigsten Mal jährt, blickt Lettland nicht nur zurück auf 46 Jahre Vergessen, sondern auch auf 20 Jahre Aufarbeitung, 10 Jahre Gedenkstätte Bikernieki. Es ist, wie Arkadij Gurewitsch, ehemaliger KZ-Häftling in Lettland, anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte in Bikernieki sagte: „Ich dachte, ich könnte vergessen. Aber die Erinnerung wird frischer und frischer.“

The first thing that comes in mind hearing WW2 is „Russians“ and after that „oh yes and the Germans too“.

(Lettische Studentin)

Władysław Bartoszewski - „Gerechter unter den Völkern“

von Lisa Chichowitz und Monika Mazgaj

„Ich fühle mich immer mehr verpflichtet, aufzuschreiben, was diesen Opfern wichtig gewesen ist, was sie gedacht hatten, wie und warum sie gestorben sind. Ich kann sie nicht alle vergessen. Es ging mir um das Andenken der unschuldigen Opfer, aber auch um das Wachhalten der Erinnerung.“

Geboren 1922 in Warschau, gehört Władysław Bartoszewski zu den letzten Zeugen einer Zeit ungeheurer Brutalität und eines Krieges, der die Ausrottung ganzer Völker zum Ziel hatte. Nach seinen Erfahrungen im Konzentrationslager Auschwitz, wo er als Katholik Zeuge unendlicher Ungerechtigkeiten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurde, beteiligte er sich am Widerstandskampf gegen das NS-Regime. Als Mitbegründer des im Untergrund tätigen „Hilfsrat für Juden“ leistete er Unterstützung für Flüchtlinge des Warschauer Ghettos. Gleichzeitig übermittelte er Informationen über die Situation der Juden an die polnische Exilregierung in London, trug zur Rettung mehrerer tausend Menschenleben bei und war 1944 als Mitglied der Heimatarmee am Warschauer Aufstand beteiligt.

In Anerkennung seiner Handlungen und Bemühungen bekam Bartoszewski 1963 den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ durch die israelische Gedenkstätte Yad Vashem verliehen. Bis zum heutigen Tag ist Bartoszewski ein gern gesehener Gast in Israel, bei Veranstaltungen, Konferenzen, Verleihungen und bei Freunden. Bartoszewski entschied sich, all den Hass auf die Nationalsozialisten und Deutschen nicht zuzulassen, sondern engagierte sich für die Verständigung der Völker und bereitete damit die Grundlage für ein friedliches Europa.

Im Nachkriegspolen arbeitete Bartoszewski als Journalist bei der einzig oppositionellen Tageszeitung. Damals wie heute ist er für seinen Sarkasmus und seine spitze Zunge bekannt, wofür er von manchen Menschen geliebt, von anderen kritisiert wird. 1946 bis 1948 und weiterhin von 1949 bis 1954 wurde er wegen angeblicher Spionage und seinem ungebrochenem Widerstand – nun gegen das kommunistische Regime – erneut inhaftiert. Nach seiner Entlassung arbeitete er wieder als Journalist, trat Gastprofessuren an verschiedenen – auch deutschen – Universitäten an und wurde polnischer Generalsekretär der internationalen Schriftstellervereinigung PEN.

Nicht zuletzt sein unermüdliches Engagement für Demokratie, Völkerverständigung und ein friedliches Europa führten dazu, dass Bartoszewski 1995 und 2000 polnischer Außenminister wurde. Auch in diesem Amt setzte er sein Engagement für die Verbesserung der polnisch-jüdischen und der polnisch-deutschen Beziehungen erfolgreich fort. Władysław Bartoszewski spricht sich für das aktive Erinnern aus, denn seiner Meinung nach bilden Gedächtnis und Dialog, im Gegensatz zum Vergessen und Verdrängen, die Bedingungen der gutnachbarschaftlichen Koexistenz.



Foto: Mariusz Kubiki

„Die Geschichte Europas als Teil seines vielfältigen multikulturellen und multinationalen Charakters wird und sollte eine Verflechtung unterschiedlicher Perspektiven bleiben. Es wäre auch nicht möglich, dass die gleichen Ereignisse analogisch wichtige Rolle an unterschiedlichen Orten und für unterschiedliche Menschen spielen.“ (W. Bartoszewski)

Stéphane Hessel: „Mischt euch ein, empört euch!“

von Iona Leissmann

Aus seiner Lebenserfahrung hat Stéphane Hessel gelernt, dass der schlimmste Typ der Gesellschaft der Ohne-Mich-Typ ist. Die Gleichgültigkeit vieler Menschen kann er nicht verstehen. Hessel war Mitglied der französischen Résistance und setzt sich bis heute für die Umsetzung der Werte und Ideale jenes Widerstandes ein. Heute ist er vorwiegend als Diplomat, Menschenrechtler sowie Autor (aktuelles Werk: „Empört euch!“) bekannt.

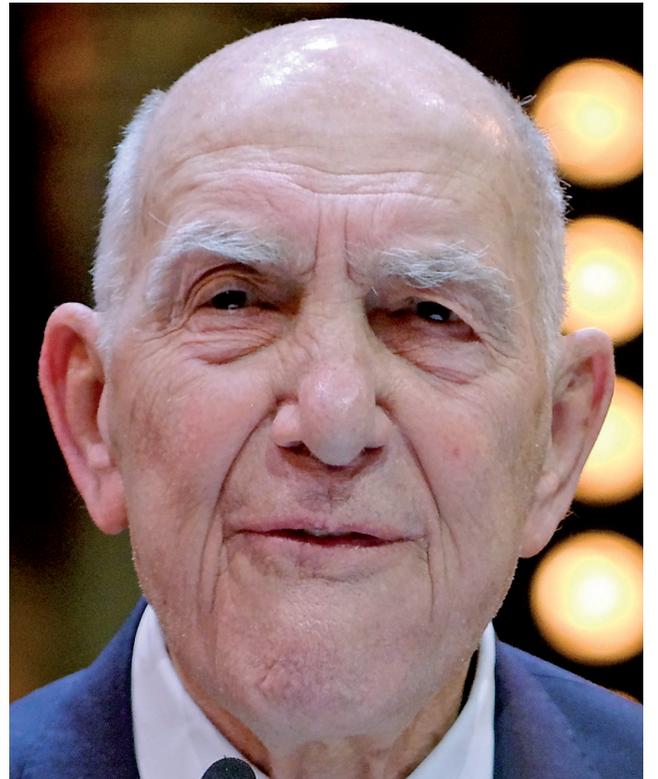


Foto: Marie-Lan Nguyen

Im Jahr 1917 wurde Hessel als Sohn des deutsch-jüdischen Schriftstellers Franz Hessel und der Journalistin Helen Grund in Berlin geboren. Bereits sieben Jahre später zog die Familie nach Paris, wo Hessel später mit der politischen und künstlerischen Avantgarde in Berührung kam. Er nahm die französische Staatsbürgerschaft an und begann ein Philosophiestudium an der Pariser Ecole Normale Supérieure. Mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges wurde er kurz darauf in das französische Militär eingezogen.

Hessel war über die Vichy-Regierung erschüttert und schloss sich der von Charles de Gaulle angeführten Résistance an. In dessen Auftrag arbeitete er in London im Büro für Spionage-Abwehr, Aufklärung und Aktion, dem Bindeglied zwischen den Widerstandsgruppierungen in Frankreich und de Gaulle in der britischen Hauptstadt. Die Résistance verabschiedete in jener Zeit ihr Grundsatzprogramm, nach deren Prinzipien das befreite Frankreich wieder aufgebaut werden sollte. Bei einer Mission in Paris 1944 wurde Hessel verraten, von der Gestapo gefasst, gefoltert und in deutsche Konzentrationslager, u.a. in Buchenwald, interniert. Nach mehreren gescheiterten Fluchtversuchen gelang es ihm schließlich zu entkommen und bis zu den alliierten Truppen vorzustoßen.

Zurück in Paris, trat Hessel 1946 in den französischen Diplomatendienst ein und wurde französischer Repräsentant bei den Vereinten Nationen (VN) in New York. Als jüngstes Mitglied gehörte er kurze Zeit später der Kommission zur Ausarbeitung der Charta der Menschenrechte an. Dort, im Streben nach universellen, für alle Menschen geltende Rechte, war für Hessel der Geist der Résistance deutlich zu spüren. Während seiner gesamten diplomatischen Laufbahn war und ist ihm bis heute das eigene und das Engagement anderer für Menschenrechte von größter Wichtigkeit.

Hessels Antrieb war stets die Empörung, der Anlass der Faschismus, klar und deutlich sichtbar. Heute allerdings – so gibt er zu – seien die Gründe für Empörung nicht mehr so leicht zu erkennen, genügend gäbe es trotzdem. Er ruft die Jugend auf, sich am geistigen und moralischen Erbe der Résistance zu orientieren und sie zum Maßstab ihres Handelns zu machen. Sein Credo ist: „Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen“.

Film-Tipp: „Auschwitz auf der Bühne“

Dieser Film dokumentiert ein einmaliges kulturpolitisches Ereignis im geteilten Deutschland: die gemeinsame Ringuraufführung des Theaterstücks „Ermittlung“ von Peter Weiss am 19. Oktober 1965. In 15 Spielstätten der Bundesrepublik und der DDR wurde das Stück über den Frankfurter Auschwitz-Prozess auf die Bühne gebracht. Die Aufführungen führten in beiden deutschen Staaten zu kontroversen Debatten um die Frage nach dem „richtigen“ Umgang mit NS-Verbrechen. (DE 2008)

„Jede Nation sollte ein wenig selbstkritischer sein.“

Interview mit der Politologin und „Memorial“-Mitbegründerin Dr. Galina Michaleva



Zur Person: Dr. Galina Michaleva (geb. 1957), Studium an der Philosophischen Fakultät der Ural Universität, Swerdlowsk, 1985 Promotion an der Philosophischen Fakultät der Ural Universität, 1996 Promotion an der Universität Bremen, seit 1992 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen, Mitglied in der Russländischen Vereinigte Demokratische Partei „Jabloko“ (liberale Oppositionspartei Russlands), Gründerin von „Memorial“ im Gebiet Swerdlowsk.

Frau Dr. Michaleva, seit 2009 gilt der 23. August offiziell als „Tag der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus“. Welche Bedeutung messen Sie diesem Tag bei?

Ich war Gründerin von Memorial im Gebiet Swerdlowsk und beschäftige mich seitdem intensiv mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen den Erinnerungsformen zum Stalinismus und Nationalsozialismus. Die offizielle Reaktion lautete, das Thema gehe die EU nichts an, man könne den Kommunismus und Nationalsozialismus miteinander überhaupt nicht vergleichen! Dahinter steht der Gedanke: Wir sind die Sieger, wir haben die Nazis besiegt. Europa hat uns diesen Sieg zu verdanken, weil wir so viele Opfer gebracht haben - es gab über 20 Millionen gefallene Bürger der Sowjetunion. In Bezug auf das Gedenken der Opfer des Stalinismus ist Russlands Rolle außerordentlich schwierig, weil Russland sich in der Zeit der Gründung des Staates als Nachfolgestaat der Sowjetunion erklärt hat. Daher gab es nie eine konsequente Erinnerungspolitik. Wir haben mit der totalitären Vergangenheit praktisch nicht gebrochen.

Welche Rolle vertritt hierbei die russische Regierung?

Ihr Verhalten ist doppeldeutig: Einerseits legen sie seit ungefähr zwei Jahren Kränze nieder an Orten, an denen die Leute erschossen wurde und Katyn wurde endlich anerkannt. Gleichzeitig sagt unser Ministerpräsident bis heute mit Stolz: Ich bin ein Tscheke. Also: Ich gehöre der Organisation an, die diese Befehle erfüllt, die Leute verfolgt und ermordet hat.

Gibt es für diese Verfolgten des Stalinismus Erinnerungsorte in Russland?

Es gibt keinen Erinnerungsort, es gibt nur wenige lebendige Orte der Geschichte. Es gibt die Organisation Memorial, die sehr gute Arbeit leistet, aber es gibt keine konsequente Erinnerungspolitik. Die Vergangenheit wird stilisiert anhand zwei prägender Ereignisse: der Gagarin-Flug und der Sieg im Vaterländischen Krieg. Für die osteuropäischen Staaten aber bedeutete dieser Sieg über die Nazis die Okkupation durch die Sowjetarmee. Das wird verschwiegen. Und deswegen kommt es immer zu Rivalitäten, wenn die Geschichte anders gedeutet wird, zum Beispiel von den baltischen Staaten, von der Ukraine, von den alten Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Diese kontroversen Debatten berücksichtigend, halten Sie den 23.8. als Gedenktag für sinnvoll?

Ja natürlich! Ich denke, wir können die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht planen, wenn wir kein klares Urteil über unsere Vergangenheit haben.

Wie stehen Sie zu der Kritik von russischer Seite, der Gedenktag befördere die illegitime Gleichsetzung der beiden totalitären Regime des Nationalsozialismus und des Stalinismus?

Ich denke, dass dies eine falsche Einstellung ist. Die Kritik hängt in großem Maße mit der gegenwärtigen Natur des Staates zusammen. Wir haben einen autoritären Staat, deswegen befürwortet dieser Staat auch die Unterdrückung von Personen. Das heißt: Wenn der Stalinismus und die sowjetische Vergangenheit kritisiert werden, bedeutet das gleichzeitig eine Kritik an der Gegenwart, weil die Gegenwart der Vergangenheit so ähnlich ist.

Die Entscheidung für den 23. August als Gedenktag geht auf einen Beschluss des EU-Parlaments zurück. Denken Sie, dass die EU ihrer Erinnerungspolitik einen angemessenen Weg beschreitet, die vielleicht sogar als Vorbild für Russland dienen könnte?

Sicher! Allerdings fehlt der Versuch der Führung Russlands, Klartext zu sprechen und zu erklären, was eigentlich vor sich geht. Die Lippenbekenntnisse und die Realität sollten nicht so weit wie gegenwärtig auseinander driften. Es ist immer noch eine mentale Mauer zwischen der EU und Russland zu beobachten. Aber wir haben eine gemeinsame Geschichte und man darf Russland nicht wegdenken.

Sie kritisieren die mangelnde Anerkennung von Schuld gegenüber den Opfern des Stalinismus auf Seiten Russlands. Was halten Sie von der Art und Weise, wie die EU-Mitgliedstaaten diese Herausforderungen angehen?

Unterschiedlich. Ich glaube, Deutschland ist hier ein sehr gutes Beispiel, aber daran hat Deutschland auch sehr lange gearbeitet. Und dies zuerst unter dem starken Druck von Alliierten, das sollte man auch nicht vergessen. Zum Beispiel Spanien entwickelt sich langsam, aber in eine gute Richtung. Spanien wollte zuerst einen Schlusstrich unter die Geschichte ziehen und keine Erinnerung zulassen. Aber das ist nicht gelungen. In eine falsche, oder relativ falsche Richtung läuft es, meine ich, in den baltischen Staaten. Dort sind zum Beispiel Märsche von SS-Angehörigen möglich und diese Leute erhalten auch ihre erhöhten Renten. Das finde ich absolut falsch! Ebenso, dass verschwiegen wird, dass es in jenen Ländern auch die Eliten gab, die zuerst mit Deutschen und dann mit Russen kollaboriert haben. Ich glaube, dass mehr Diskussionen und Austausch stattfinden müssten. Je öfter wir darüber sprechen, desto greifbarer wird es auch für die Zukunft.

In welcher Rolle sehen Sie die ostmitteleuropäischen Staaten im aktuellen Diskurs um eine europäische Erinnerungspolitik?

Was sowohl von der Seite Polens, als auch von der Seite Russlands positiv ist, ist die Auseinandersetzung mit Katyn, die hat wirklich einen neuen, begrüßenswerten Weg eröffnet. In Tschechien wird über 1968 ziemlich gelassen gesprochen. Ich habe den Eindruck, dass die Menschen in Tschechien verstehen, dass nicht das Volk, sondern die Führung die Schuld trägt. Das ist eine wichtige Entwicklung.

Hier stellt sich die Frage, wie sich die ostmitteleuropäischen Staaten in die Diskussion um den 23.8. einbringen. Einige Länder halten sich eher zurück.

Ja. Es kommen meist Menschen zu Wort, die versuchen, einfache Antworten auf komplizierte Fragen zu geben, indem sie sagen: „Wir sind okkupiert worden, wir tragen gar keine Schuld, die anderen sind an allem schuld.“

Ein ehrlicher Täter-Opfer-Diskurs ist wahrscheinlich eher schwierig.

Ja. Sie empfinden sich nur als Opfer, obwohl sie selber auch die Täter waren. Wir sollten die Beispiele des Antisemitismus in Polen nicht vergessen. Nicht nur die Deutschen haben Pogrome in Polen durchgeführt, sondern auch die Polen selber.

Hier sehen Sie noch Aufholbedarf?

Ja. Jede Nation sollte ein bisschen selbstkritischer sein.

Sie verstehen Russland als europäisches Land. Kann Russland in Ihren Augen auch Teil einer europäischen Erinnerungskultur werden?

Ich glaube, dass es wünschenswert und möglich ist. Denn diese Erinnerungskultur ist nicht von den anderen Prozessen isoliert. Sie ist die Basis für die moderne politische Entwicklung, für eine demokratische Entwicklung, in der die Menschenrechte geachtet werden. Wenn in Russland die Entwicklung in eine andere Richtung geht, dann wird das auch europäische Länder betreffen.

Wie müsste eine solche (gemeinsame) Erinnerungskultur von beiden Seiten (EU, Russland) gestaltet werden? Wie könnte sie aussehen, wie könnten die verschiedenen Sichtweisen auf die europäische Geschichte vereint werden?

Ich stelle mir eine postmoderne Gestaltung vor. Es werden unterschiedliche Sichtweisen existieren aber gleichzeitig gemeinsame Werte. Eine gemeinsame Erinnerungskultur kann nur auf der Basis von gemeinsamen Werten entstehen, wie Menschenrechte und die Achtung jedes Einzelnen. Der Staat soll den Bedürfnissen der Bürger unterstellt sein, denn er soll diese Bedürfnisse erfüllen und nicht umgekehrt. Das ist die Basis. Anders gesagt, wenn alle diese Länder einen Demokratiegrad erreichen, in dem sowohl die Bürgerrechte, als auch die Freiheit und die Bedürfnisse der Menschen wichtiger sind als die Bedürfnisse des Staates und der Mächtigen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Könnte eine gesamteuropäisch, also unter Einbeziehung Russlands, gestaltete Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einen Beitrag zur Überwindung der langjährigen Konflikte zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten und Russland leisten?

Unbedingt. Wir haben zu wenig davon: zu wenig Foren, zu wenig Diskussionen, zu wenig gemeinsame Studiengänge, keinen regelmäßig stattfindenden Austausch. Das ist unbedingt nötig. Wir brauchen einen kontinuierlichen Prozess des Austausches, der ruhig unterschiedliche Facetten aufweisen darf.

Frau Dr. Michaleva, wir danken Ihnen herzlich für dieses Gespräch.

Interview und Foto: Maya Krille und Anne-Sophie Behm

Der Symbolgehalt eines Steins

Memorial kämpft in Russland für demokratische Geschichtsschreibung

von Franziska Leßmann und Beatrice Naß

Es ist nur ein Stein. Enttäuschung macht sich breit, nachdem man einmal um den Häuserblock gelaufen ist, um den Ort zu finden, der im Moskau Reiseführer abgebildet ist. Und doch ist dies nicht nur ein Stein. Es ist ein Findling, von den Soloveckij-Inseln im Weißen Meer, wo das erste Straflager des GULag-Systems errichtet wurde; und dieser Stein ist ein Symbol, eine Erinnerung an die Opfer des Stalinismus.

Errichtet wurde das Denkmal 1990 durch die in Russland gegründete Menschenrechtsorganisation MEMORIAL. Diese setzt sich seit den Jahren der Perestrojka für die Aufarbeitung und historische Aufklärung der Repressionen in der ehemaligen Sowjetunion ein. Die Schaffung eines Gedenkortes zur Erinnerung an die Opfer des staatlichen Terrors war ihr Gründungsanstoß. Heute ist MEMORIAL mit mehr als achtzig regionalen Gruppen in Russland und über seine Grenzen hinaus aktiv. Insbesondere an Orten, an denen sich einst Straflager des GULAG-Systems befanden.

Der Begriff GULag steht für die Hauptverwaltung der stalinistischen Internierungs- und Arbeitslager in denen hunderttausende Insassen den Tod fanden. Es existiert eine kontrovers geführte Auseinandersetzung um den Vergleich bzw. die Gleichstellung von russischem GULag und deutschen Konzentrationslagern. Auch an dieser Debatte wird die unterschiedliche Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland und Russland deutlich. Die Historikerin Manuela Putz, die an der Bremer Forschungsstelle Osteuropa mit MEMORIAL Perm ein deutsch-russisches



Projekt zur Erinnerungskultur durchgeführt hat, sieht die Ursache der Unterschiede in den Aufarbeitungskulturen vor allem in der Besonderheit des deutschen Falls begründet. Die Ausmaße des Holocausts und die Last der Kriegsschuld habe einen nationalen Konsens über die Notwendigkeit einer historischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geschaffen. In Russland hingegen sei in der öffentlichen Wahrnehmung neben der Erinnerungspolitik zum Sieg im Großen Vaterländischen Krieg kein Raum für die Aufarbeitung des Stalinschen Terrors geblieben, woraus sich ein sehr einseitiges kollektives Gedächtnis entwickelt habe. Auch ein klarer Täter-Opfer-Diskurs habe auf Grund der Willkür der Verfolgung und der breiten Täterschaft nicht entstehen können.

MEMORIAL unterstützt eine demokratische Geschichtsschreibung im Kontrast zur offiziellen, nationalpatriotischen Geschichtspolitik in Russland. Noch in den 1990er Jahren enthielt die öffentliche Aufarbeitung des Stalinismus eine große Spreng-

kraft, die mit dem sich wandelnden politischen Klima unter Präsident Putin mehr und mehr abgeklungen ist. Im heutigen Russland ist die Auseinandersetzung der jüngeren Generation mit den Schicksalen von Opfern der politischen Repressionen von Bedeutung, um einer Umschreibung der sowjetischen Geschichte und einer Verharmlosung des staatlichen Terrors entgegenzuarbeiten. Deswegen ist die Größe des Denkmals letztlich nicht so bedeutend. Viel wichtiger ist der Symbolgehalt dieses Steins mit seiner prominenten Platzierung, direkt vor der Ljubjanka, der ehemaligen KGB-Zentrale in Moskau.

Verbannte Erinnerung

Der schwierige Blick zurück nach „Perm-36“

von Jasper Kruse

Fragt man auf den Straßen der im Westural gelegenen Stadt Perm nach „Perm-36“ oder gar nach dem Weg dorthin, erntet man beim Großteil der angesprochenen Passanten ein ahnungsloses Kopfschütteln. Es scheint, dass das ehemalige Straflager – welches zum GULag-Komplex gehörte - im Ausland einen höheren Bekanntheitsgrad genießt, als in Russland selbst. Zugegeben, leicht zu finden ist es nicht, aber das lag bei Errichtung des Lagers auch nicht im Sinne ihrer Erbauer. Besucher müssen nach ca. zwei Stunden Linienbusfahrt aus Perm hinaus die letzten drei Kilometer zu Fuß bewältigen, um ans Ziel zu gelangen. Ein einziges Hinweisschild am Straßenrand weist den Weg. Auf dem Gelände von „Perm-36“ befindet sich heute ein in Russland einzigartiges Museum, in dem versucht wird, dem Publikum das Leben der Lagerhäftlinge sowie die Geschichte der Repressionen der Sowjetunion gegen die eigene Bevölkerung zu verdeutlichen.

Einerseits ist die Einzigartigkeit des Museums Grund zum Stolz der Betreiber, wirft andererseits jedoch die Frage auf, wie es im heutigen Russland mit der Erinnerung an die Verbrechen während der sowjetischen Zeit steht – vor allem, wenn berücksichtigt wird, dass einigen Statistiken zufolge, über die lange Geschichte der Straf- und „Besserungslager“ hinweg, fast jeder fünfte Sowjetbürger unter dem GULag-System zu leiden hatte, sei es durch Haft oder Verbannung. Noch immer ist die Anzahl der Opfer schwer zu überblicken, ebenso lässt sich nicht genau sagen, wie viele dieser Lager bestanden, da sie oft sehr kurzlebig waren. Ihre Zahl dürfte jedoch in die Tausende gehen und das Lager unter dem Namen „Perm-36“ gehörte nicht zu den Größten oder denen mit den widrigsten Haftbedingungen, wie sie Warlam Schalamov zum Beispiel in seinen Erzählungen von der Kolyma beschreibt.

1943 zunächst als Arbeitslager für Holzfällarbeiten im angrenzenden Wald errichtet, wurde „Perm-36“ später zum politischen Gefangenlager. Den Hauch einer Ahnung der damaligen Lagerbedingungen vermittelt die Rekonstruktion einer der vier Baracken, das erhaltene Administrationsgebäude, von dem aus die gesamte Einrichtung zu überblicken war, der Karzer, in dem besonders drastische Haftbedingungen herrschten sowie Teile der Zaun- und Wachurmanlagen. Das Museum wird, abhängig von der Finanzlage, kontinuierlich weiter ausgebaut. Keine leichte Aufgabe für den Betreiber „Memorial“. Die russische, nichtstaatliche Menschenrechtsorganisation, während der Perestrojka gegründet, verfolgt bis heute das Ziel, die Geschichte der sowjetischen Repressionen aufzuarbeiten und den Opfern endlich Gehör zu verschaffen. Von der russischen Regierung hat Memorial dabei keine Unterstützung zu erwarten, im Gegenteil.

Die Erinnerung an die Sowjetzeit wird im heutigen Russland dominiert vom feierlichen Gedenken an den Sieg über die Deutschen. Mit aller Kraft wird diese Tendenz von Seiten der Regierung befeuert, die sich von erstarkenden nationalistischen Gefühlen und der Betonung einer Kontinuität der Einheit von Führung und Volk Rückhalt bei eben diesem erhofft und damit offenbar richtig liegt. Ein Ergebnis dieser Politik ist ein für Ausländer unverständliches Bild von Stalin als respektablen, starken Führer, der das russische Volk siegreich durch die Katastrophe des zweiten Weltkrieges führte.

Der von Memorial betriebene Umgang mit der Geschichte steht im Gegensatz zur offiziellen Erinnerungspolitik und erklärt, warum es bisher kein weiteres vergleichbares Museum wie „Perm-36“ in Russland gibt. Und doch gibt es erfreuliche Kooperationen zwischen Memorial und dem Permer Amt für Jugend und Bildung, das Veranstaltungen für Schulklassen im Museum organisiert. Alljährlich findet zudem ein kulturelles Festival statt, das von mehreren tausend Menschen besucht wird. Diese hoffnungsvollen Entwicklungen täuschen aber nicht über den vernebelten Weg hinweg, den die offizielle russische Erinnerung an die Sowjetzeit eingeschlagen zu haben scheint.

All countries politicize history, all nations draw on the past to justify decisions taken in the present. All nations tell stories about the past in order to understand their current identity.” (Anne Applebaum)



Das Gebäude der ehemaligen lagerverwaltung

Lange verfolgt, nie verzagt: Die Philosophin Ágnes Heller

von Daniel A. Klappholz

Diese Frau hat Rückgrat. Sie lässt sich nicht einschüchtern. Auch heute noch, mit 82 Jahren, tritt die jüdisch-ungarische Philosophin Ágnes Heller für ihre Überzeugungen ein. Als die Pläne der rechts-konservativen Regierung Ungarns um Ministerpräsident Victor Orbán für eine neue ungarische Verfassung Anfang dieses Jahres publik wurden, übte Heller öffentlich Kritik. Kritik an einem Vorhaben, das Beobachter europaweit als undemokratisch verurteilten. Seitdem sieht sich Heller, die halbjährig in New York und Budapest lebt, einer offensichtlich politisch motivierten Diffamierungskampagne ausgesetzt. Vorwürfen aus der regierungsnahen Presse, sie betreibe anti-ungarische Hetze, folgten Ermittlungen wegen angeblicher Veruntreuung von EU-Forschungsgeldern – alles, so scheint schon jetzt klar zu sein, haltlose Beschuldigungen gegen eine Frau, die es wagt, die undemokratischen und nationalistischen Tendenzen sowie den wachsenden Antisemitismus in ihrer Heimat anzuprangern. Ob sie Angst habe, wurde Ágnes Heller im Februar in einem dpa-Interview gefragt. „Ich habe nie Angst gehabt. Ich glaube, Angst ist eine schlechte Motivation“, antwortete die streitbare Philosophin.

Ágnes Heller geboren 1929 in Budapest, entstammt einem fortschrittlichen jüdischen Elternhaus. Ihr Vater, ein Rechtsanwalt, der vielen jüdischen Ungarn bei der Flucht vor den Nationalsozialisten und ihren Kollaborateuren, den Pfeilkreuzlern, half, entkam ihnen selbst nicht und wurde 1944 in Auschwitz ermordet. Ágnes Heller und ihre Mutter versteckten sich einige Zeit im Untergrund, entkamen mit viel Glück dem Versuch der Deportation sowie einem improvisierten Erschießungskommando an der Donau. Wie durch ein Wunder überlebten die beiden die brutale Judenverfolgung in Ungarn.

Nach dem Krieg machte Heller 1947 Abitur und begann Chemie und Physik zu studieren, wechselte aber schnell zur Philosophie, nachdem sie eine Vorlesung des marxistischen Philosophen und Literaturkritikers Georg Lukács hörte. Noch im gleichen Jahr trat Heller aus voller Überzeugung der Kommunistischen Partei Ungarns bei. Schon 1949 – nach ihren ersten als zu kritisch betrachteten Veröffentlichungen – geriet sie das erste Mal in Konflikt mit den kommunistischen Parteifunktionären, wurde aus der Partei ausgeschlossen und mit einem Publikationsverbot belegt. Trotz aller Widerstände promovierte sie 1955 bei Lukács und wurde in den folgenden Jahren Mitglied der „Budapester Schule“, einer oppositionellen Intellektuellen-Gruppe um Lukács, der auch ihr zweiter Ehemann Ferenc Fehér angehörte. Nicht zuletzt durch die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes

1956 begann Heller, den sowjetisch geprägten Kommunismus in Ungarn immer stärker zu hinterfragen. Daraufhin wurde sie 1958 erneut aus der Partei ausgeschlossen und verlor ihre Anstellung an der Universität – auch, weil sie sich geweigert hatte, Georg Lukács als einen Kollaborateur des Aufstandes zu denunzieren. Ab 1963 – nach der Aufhebung des Berufsverbotes – arbeitete sie am Soziologischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Noch immer glauben Heller und ihre Mitstreiter der „Budapester Schule“ an die Reformfähigkeit des Kommunismus. Erschüttert über die brutale Niederschlagung des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei 1968, brach sie schließlich endgültig mit der kommunistischen Ideologie. Nach dem Tod ihres Förderers Georg Lukács 1971 verstärkte sich die politische Verfolgung Hellers und vieler ihrer regierungskritischen Kollegen – erneutes Berufsverbot und ständige Überwachung waren die Folge, nachdem staatliche Gutachter Hellers Texten „konterrevolutionäre“ Inhalte bescheinigt hatten.



Foto: Robert Hodonyi

1977 schließlich emigrierte Heller mit ihrem Ehemann nach Australien, wo sie bis 1983 an der Melbourn La Trobe University als Soziologie-Professorin tätig war. Zusätzlich zur ungarischen nahm Heller die australische Staatsbürgerschaft an und erfuhr erstmalig in ihrem Leben uneingeschränkte Freiheit. Sie nahm an diversen internationalen Konferenzen teil und wurde mehrfach für ihr Wirken als eine der bedeutendsten Philosophinnen des 20. Jahrhunderts ausgezeichnet. So erhielt sie beispielsweise 1981 den Lessing-Preis der Stadt Hamburg, wurde 1995 von der Stadt Bremen mit dem Hannah-Arendt-Preis und 2010 mit der Goethe-Medaille geehrt. Bereits 1986 trat Heller die Hannah-Arendt-Professur für Philosophie und Politikwissenschaft an der New School for Social Research in New York sowie in den folgenden Jahren diverse Gast-Professuren in vielen Ländern dieser Welt, darunter auch Deutschland, an.

Auch nach ihrer Emeritierung findet Agnes Heller keine Ruhe. Sie lehrt und publiziert weiterhin, hält Vorträge in stets voll besetzten Sälen und erläutert ihre politische Moralphilosophie. Befragt nach der Motivation für ihr Wirken sagte sie einst: „Ich wollte mein ganzes Leben lang Auschwitz und den Stalinismus verstehen, deswegen beschäftige ich mich immer wieder mit Geschichtsphilosophie und Moralphilosophie.“ Einen Großteil ihres Lebens hat Ágnes Heller unter dem Wahn und der Gewalt der beiden großen Totalitarismen gelitten. Ihren Einsatz für eine bessere, gerechtere Gesellschaft hat sie trotzdem oder gerade deshalb nie aufgegeben.

Das Haus des Terrors in Budapest

von Karen Wille

Das Haus in der Andrásy út 60 in Budapest ist schon auf den ersten Blick kein normales Haus. In riesigen Lettern prangt das Wort Terror dem Besucher entgegen und wirft einen übergroßen Schatten auf den Fußweg davor. Hier soll den Opfern der beiden totalitären Regime in Ungarn, Nationalsozialismus und Stalinismus, gedacht werden. Was auf den ersten Blick so imposant wirkt, stellt sich auf den zweiten als ein sehr kritisch zu betrachtendes Museum heraus.

Benutzten einst Mitglieder der faschistischen Pfeilkreuzler und der kommunistischen Staatssicherheit das Haus als Quartier, ist es heute vor allem das Hauptquartier der ungarischen Opferkultur. Die allgemein anerkannte Erinnerung in Ungarn betont die eigene Opferrolle in beiden Terrorsystemen und marginalisiert die eigene Täterschaft am Holocaust. Dabei waren Teile der ungarischen Bevölkerung und des Staates an den Judendeportationen beteiligt, wie der ungarische Historiker Krisztián Ungváry betont. Bis März 1944 verwehrte sich die mit den Deutschen kollaborierende Regierung unter Horthy noch den Deportationen. Doch mit der Einsetzung der faschistischen Pfeilkreuzler in die Regierung wurden in der Zeit bis Kriegsende 600 000 jüdische Mitmenschen deportiert und ermordet. Dies geschah, wie historische Dokumente belegen, unter aktiver Mitwirkung der Ungarn. Seitdem ist diese Mitschuld in großem Maßstab verschwiegen worden.

Kurz nach Ende des Krieges fand eine erste und gesellschaftlich kaum wahrgenommene Aufarbeitung, vor allem auf jüdische Initiative, statt. Doch mit dem Beginn des kommunistischen Regimes lösten sich die jüdischen Opfer gewissermaßen in den ungarischen Opfern auf und Ungarns Täterrolle wurde tabuisiert. Bis 1989 verschwand das Wort Jude nahezu aus der Öffentlichkeit und erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte eine neue Erinnerungskultur beginnen. Hier konkurrierten nun aber mit den jüdischen Opfern die des stalinistischen Regimes. Bis heute ist die Erinnerungskultur in Ungarn vor allem auf das eigene Leid fokussiert. Die eigene Nation wird verherrlicht und entlastet. Die faschistischen Regime seien von außen nach Ungarn gekommen, lautet der allgemeine Konsens. Die An-

erkennung der Schuld am jüdischen Leid rückt da in den Hintergrund.

Der Versuch des national-konservativen Regierungschefs Viktor Orbán mit der Eröffnung des Haus des Terrors 2002 die Erinnerungskultur des Schweigens über die eigene Täterschaft zu verändern, ist somit gescheitert. Wie ernst dieser Versuch gemeint war, ist in Anbetracht der rechtspopulistischen Haltung Orbáns ohnehin fraglich. Leider führt das Terrorhaus die Tradition der selektiven Geschichtswahrnehmung fort und bestätigt damit Günter Grass, der einst formulierte: „Erinnerung heißt auswählen“. Das Museum stellt geschichtliche Zusammenhänge oft nicht klar dar, verwischt die Grenzen zwischen Opfer und Täter und setzt auf die emotionale Rührung der Besucher. Der Terror des kommunistischen Systems scheint hier schwerer zu wiegen als die Kollaboration mit den Nationalsozialisten. Die Tatsache, dass lediglich drei Räume des insgesamt dreistöckigen Hauses den jüdischen Opfern – und damit auch den ungarischen Mittätern – gewidmet sind, bekräftigt diese Annahme. Damit verfehlt das Museum den Anspruch, beide Terror-Regimes selbstkritisch aufzuarbeiten. Dies aber wäre gerade in Ungarn, wo eine wieder erstarkende Feindlichkeit gegenüber anderen ethnischen und religiösen Gruppen herrscht, bitter nötig.

*„Identity is strongly linked to recognition.“
(Carlos Closa Montero)*

Verleugneter Holocaust?

von Nele Marianne Ewers-Peters

Rumänien hat sich nicht am Holocaust beteiligt. So lautet der Kern des „Mythos der nationalen Unschuld“, der nach Einschätzung der Historikerin Hannelore Baier die Gesellschaft in Rumänien fest im Griff hat. Jahrelang wollten weder die Politik noch die Öffentlichkeit die Kollaboration rumänischer Eliten mit dem NS-System wahrhaben. Erst 2004, kurz vor dem EU-Beitritt Rumäniens, kam es zu einer – nicht ganz freiwilligen – Anerkennung durch den damaligen Präsidenten Ion Iliescu.

Mit dem ehemaligen diktatorischen Staatschef Ion Antonescu und dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg kam 1941 auch der Holocaust nach Rumänien. Unter ihm kollaborierte das Land mit Nazi-Deutschland, denn es hoffte auf Unterstützung im Kampf gegen die Sowjetunion. Einig war man sich mit dem NS-Regime auch im Ziel der systematischen Ermordung von rumänischen Juden und Roma. Tausende wurden in die Ghettos und Lager nach Bessarabien und Transnistrien deportiert. Insgesamt wurden über 300.000 Juden und 20.000 Roma verfolgt, deportiert und ermordet.

Als am 20. August 1944 die Rote Armee in Rumänien einmarschierte, wurden Antonescu und sein Regime gestürzt. Zwei Jahre später, am 1. Juni wurde er als verurteilter Kriegsverbrecher in der Sowjetunion hingerichtet. In der rumänischen Öffentlichkeit wurde der Holocaust kein Gegenstand der Vergangenheitsbewältigung. Die Jahrzehnte während des Kommunismus waren von Unwissen, Ignoranz und der Verbreitung des Mythos der eigenen nationalen Unschuld geprägt. Für die begangenen Verbrechen wurde ausschliesslich das deutsche Naziregime verantwortlich gemacht.

Bezeichnend ist, dass bis in die 1990er Jahre noch immer die Rehabilitierung des „Kriegshelden“ Antonescus von der Öffentlichkeit und vielen Politikern gefordert wurde. Trotz eines Verbotes von 2002, das unter europäischem Druck entstand, gibt es noch heute Straßen und Plätze, die an den Diktator erinnern. Auch in den Medien, der Politik und der Bildung kam zu keiner ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte im eigenen Land – bis heute.

„Erinnerung ist eine Form der Begegnung.“
(Khalil Gibran)

Wer die Macht hat, kontrolliert die Erinnerung Der Umgang mit kommunistischem Unrecht in Bulgarien

von Zlatka Chakarova

„Du kommst nach...“ *Workuta, Perm, Baku, Vojna oder Bautzen* – wer in einem der Ostblockstaaten aufgewachsen ist, kennt die Ortsnamen, die nicht selten als Erziehungsmittel angewendet wurden und damit Angst und Schrecken verbreiteten. Auch Bulgarien verfügt über solche Schreckensnamen: Belene ist einer dieser Orte, an denen das kommunistische Regime Bulgariens ein sogenanntes „Arbeits- und Umerziehungslager“ errichtete, wie sie in allen „Bruderstaaten“ der Sowjetunion bekannt und berüchtigt waren. Hier wurden die im ganzen Land herrschende Unfreiheit und das Unrecht ins Unerträgliche gesteigert.

Bereits 1944 auf der gleichnamigen Donau-Insel errichtet wurden trotz offizieller Schließung im Jahr 1962 zwischen 1949 und 1989 unzählige Oppositionelle und Mitglieder ethnischer Minderheiten in diesem Lager, welches nur eines unter geschätzten 20 bis 60 Lagern in Bulgarien war, durch die bulgarische Staatssicherheit interniert. Ehemalige Inhaftierte berichten, dass die unmenschliche Behandlung als Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft nicht wenige mit dem Leben bezahlten – Hunger und Erschöpfung brachten den Tod.

Noch heute, 22 Jahre nach dem Systemwechsel und der Abkehr vom Kommunis-

Filmtipps

„Das Haus nebenan – Chronik einer französischen Stadt im Kriege.“: Der Dokumentarfilm von Marcel Ophüls befasst sich am Beispiel der Stadt Clermont-Ferrand mit der Aufarbeitung von Widerstand, Kollaboration und Antisemitismus in Frankreich. Der Film löste umfangreiche Diskussionen aus und wurde, trotz Oscar-Nominierung im Jahre 1972, erst viele Jahre nach seiner Uraufführung im französischen Fernsehen gezeigt. (*Le Chagrin et la pitié*, CH, FR, DE 1969)

„May Your Memory Be Love“: Im Zentrum des Films stehen die (Über-)Lebensgeschichten von Ovadia Baruch und Aliza Tzarfat. Die beiden Frauen erzählen von ihrer Begegnung in Auschwitz, von der Liebe in Zeiten des Holocaust, vom schicksalhaften Wiedersehen nach Kriegsende und dem Aufbau eines neuen gemeinsamen Lebens in Israel. Der Film ist Teil des Projektes „Witnesses and Education“, einer gemeinsamen Produktion der „International School for Holocaust Studies“ und dem „Multimedia Center of the Hebrew University of Jerusalem“. In dieser Serie erinnern Holocaust-Überlebende ihr Leben vor, während und nach dem Holocaust. (IL 2008)

Anne Frank bei Facebook

von Christopher Rosenkötter

Die Gemüter der Web 2.0-Gemeinde erhitzen sich schnell. Plagiatsaffären, Modestunden oder sportliche Großereignisse. Es wird „geliked“, geteilt, kommentiert und mitgeföhlt. Nichts scheint informativer, kommunikativer, politischer und empathischer zu sein als soziale Netzwerke.

Über aktuelle und punktuelle Ereignisse hinaus, haben sich soziale Netzwerke inzwischen auch als dauerhafte Diskussionsplattformen für gesellschaftspolitische Themen etabliert. Bei Facebook beispielsweise würdigt die Internetgemeinde Anne Frank und andere NS-Opfer mit personalisierten Profilen. Neben Kondolenz-Bekundungen in „Online-Memorials“ werden auf Pinnwänden und in Foren Nachrichten gepostet und alternative Gedenkformen diskutiert.

Erinnerung im Netz äußert sich auch in Form von Video- und Audioportalen, in denen mit kollagenhaften Dokumentationen oder regelmäßigen Sendungen, sogenannten „Podcasts“, auf historische Ereignisse aufmerksam gemacht wird. Schriftliche oder audiovisuelle Kommentierung per Internet-Kamera sind Instrumente, deren Nutzung mitunter enorme Kreativität und Dynamik offenlegen. Online-Erinnerungsformen halten ein reiches Reservoir an Möglichkeiten bereit, Empathie gegenüber bekannten und vergessenen Personen der Zeitgeschichte zu befördern. Diese Empathie kann eine Voraussetzung sein, um erfolgreich Lehren aus historischem Versagen zu ziehen. Auch bietet das Netz attraktivere Möglichkeiten als die konventionellen Methoden der Geschichtsvermittlung. Darüber hinaus ist die Zielgruppe, charakteristisch für das Netz, beinahe unbegrenzt.

Auf vielen interaktiven Online-Plattformen werden in einer Rastlosigkeit Erinnerungen aufgearbeitet, die von Persönlichkeiten wie der erwähnten Anne Frank zweifellos geschätzt worden wäre. War zu ihrer Zeit schnelle Kommunikation auf Flugblätter begrenzt, wird heute per Twitter, Facebook & Co. konsumiert, diskutiert, recherchiert, produziert und korrigiert. Die Dynamik des Netzes ist insbesondere für Menschen, die in unfreien Gesellschaften leben – gar nicht hoch genug einzuschätzen. Bleibt die Frage nach der Umsetzung der online-Empathie in die reale Welt. Würde Anne Frank ihre Tagebucheinträge heute in die Welt twittern, wie sähen die Reaktionen der Netzgemeinschaft aus? Klicken sie „Gefällt mir“ oder würden sie politisch aktiv?

Srebrenica in Den Haag: Zwischen Recht und Gerechtigkeit

Mladic und Niederländische Blauhelme vor Gericht

von Merle Neubauer und Willem-Paul de Gast

Drückende Hitze und stickige Luft breiten sich unter dem Dach des kleinen Pavillons aus. „Srebrenicas Mütter“ haben sich hier auf der kleinen Anhöhe ihres Heimatortes versammelt um dem Beginn der Gerichtsverhandlung um Ratko Mladic via Fernsehübertragung beizuwohnen. Mladic war von 1992 bis 1996 Oberbefehlshaber der Armee der bosnischen Serbenrepublik (Republika Srpska). Er ist für das verantwortlich, was „Srebrenicas Mütter“ an diesem Tag in Demut und Trauer eint. Den Tod von etwa 8000 Muslimen im Juli 1995 auf dem Boden Srebrenicas, damals Schutzzone der UN-Blauhelme.

Empörung macht sich breit. Wie kann es sein, dass der Richter den Angeklagten mit Herr Mladic anspricht? Er sei ein Mörder, ein Monster, heißt es aus der ersten Reihe der provisorisch aufgestellten Klappstühle. Die Gefühle kochen über. „Srebrenicas Mütter“ sehen ihre Angehörigen vor sich, ihre Söhne, ihre Männer und ihre Väter, wie sie in Lkws verladen und aus Srebrenica zur Hinrichtung abtransportiert werden. Mit Mladic haben sie einen Mann, auf den sie ihre Wut richten, an dessen Person sie ihre verletzten Seelen reiben können.

Nun, ziemlich genau 16 Jahre nach Mladics mutmaßlicher Greuelthat, kommen sie der Gerechtigkeit ein Stück näher. Am 3. Juni diesen Jahres wurde der angeklagte Kriegsverbrecher endlich zur Verantwortung gezogen, als er sich öffentlich vor dem UN-Tribunal in Den Haag rechtfertigen musste. Die Perspektive mancher Niederländer hinsichtlich dieses Prozesses könnte etwas Befreiendes beinhalten. Seit 16 Jahren müssen sie mit dem Wissen leben, dass ihre Soldaten in Srebrenica vor Ort nichts gegen den Völkermord unternahmen. Die niederländischen Blauhelme wurden dadurch von Beschützern zu Zuschauern. Insbesondere die Tatsache, dass der Prozess in Den Haag stattfindet, im politischen Herzen der Niederlande, rückt Srebrenica wieder näher an die Seele dieses Volks. Doch auch wenn Mladic in den nächsten Wochen oder Monaten verurteilt wird, bleibt ungewiss, wie die niederländische Öffentlichkeit mit ihrer Schuld umgehen wird. Ein von der Regierung

in Auftrag gegebener und vom niederländischen Institut für Kriegsdokumentation 2002 veröffentlichter Bericht zu Srebrenica belegt das Versagen der niederländischen Regierung und Armeeführung in diesem Fall.

Und während das Verfahren gegen Mladic sich weiter zuspitzt, kam es vor einer anderen Instanz zu einem bemerkenswerten Urteil: Der „Hooge Rad“, das Berufungsgericht in Den Haag, gab den Klägern gegen die niederländischen Blauhelme Recht. Die Kläger, das sind Hasan Nuhanovic und die Familie des Elektrikers Rizo Mustafic. Nach Auffassung des Gerichts sind die Niederlande direkt haftbar für Verfehlungen niederländischer Soldaten in Srebrenica und können in Form von Entschädigungszahlungen an die Kläger zur Rechenschaft gezogen werden. Dies sei ein Präzedenzfall, welcher die Türen für weitere Entschädigungszahlungen öffnen könne, verkündete Srebrenicas Bürgermeister Osman Suljic nach dem Urteilspruch zufrieden.

*“The tragedy of Srebrenica will forever haunt the history of the United Nations“
(Kofi Annan)*

Nach Auffassung des Gerichts sind die Niederlande direkt haftbar für Verfehlungen niederländischer Soldaten in Srebrenica

und können in Form von Entschädigungszahlungen an die Kläger zur Rechenschaft gezogen werden. Dies sei ein Präzedenzfall, welcher die Türen für weitere Entschädigungszahlungen öffnen könne, verkündete Srebrenicas Bürgermeister Osman Suljic nach dem Urteilspruch zufrieden.

Damit hat er Recht - doch hat Gerechtigkeit dieser Tage einen bitteren Beigeschmack. Auch wenn Mladic verurteilt wird und Entschädigungszahlungen fließen, bleibt es still in Srebrenica. Unzureichend verputzte Wände, kaputter Asphalt und eine große Abwanderung der verbliebenen Bewohner sind nur Symptome des Leids, das diesen Ort befallen hat. Schmerz über den Verlust ihrer Familien und verlorenes Vertrauen in jene, welche helfen sollten. Kein Gerichtsurteil und kein Geld der Welt sondern nur die Zeit kann jene Wunden heilen, die durch den Krieg in Srebrenica geschlagen wurden. Und nur die Zeit kann zeigen, ob diese Stadt wieder leben kann oder ob sie an jenem Tag im Juli 1995 mit ihren Männern starb.

Erholung in der Silberstadt: Urlaub zwischen Gräbern

Wie ein ehemaliger Blauhelm-Soldat Touristen nach Srebrenica locken möchte

von Willem-Paul de Gast

Wer es schafft die Vergangenheit auszublenden kann im bosnischen Srebrenica, übersetzt Silberstadt, die Schönheit eines ehemaligen Luftkurortes erkennen: Ein grünes Tal, mit jener für die bosnische Geographie typisch pittoresken Landschaft. Dichte Wälder und kleine Feldwege. Ein ruhiger Ort, um Urlaub zu machen - vorausgesetzt man liebt Urlaub in den Bergen. Perfekt geeignet also, um eine Reihe von Ferien-Appartements zu errichten. Stolz berichtet Rob Zomer von eben diesem Vorhaben. Den Anfang hat der Niederländer bereits gemacht, als er sich in diesem Jahr mit seiner Familie in Srebrenica niederließ. Nun will er die Touristen an den Ort holen, der mittlerweile nur noch durch seine Toten Schlagzeilen macht.

Rob Zomer hat bereits ein Haus gebaut, für sich und seine Familie. Gerade einmal 50.000 € habe es gekostet. In den Niederlanden, sei für diesen Preis gar nicht an

Eigentum zu denken. Vor etwa 16 Jahren lernte Zomer Srebrenica

„All who wish to go will be transported, large and small, young and old. Don't be afraid, just take it easy. Let the women and children go first ... No one will harm you.“ (Radko Mladic)

kennen. Er ging mit den UN-Blauhelmtruppen als „Peacekeeper“ an diesen Ort, um den Frieden in der UN-Schutzzone zu sichern. Es gab ordentlich finanzielle Zulaugen - und Frieden zu sichern sei ja an sich auch etwas Gutes. Das Tragische zum damaligen Zeitpunkt jedoch war, dass seine Einheit, die „Dutchbat“, auf ganzer Linie versagte. Vor den Augen seiner Truppe wurden 8000 muslimische Männer deportiert, um anschließend exekutiert zu werden.

Doch das war gestern! Rob Zomer leistet Buße auf seine Art und Weise. Er nimmt an den jährlich stattfindenden Gedenkfeiern teil und ist bemüht um Integration. Er lebt mit seiner Familie in Srebrenica und lernt bosnisch. Er will mit seinen Ferien-Appartements die Menschen wieder nach Srebrenica zurückbringen. Also die Touristen, denn die gab es hier früher, immerhin war Srebrenica ein Kurort. Der Ort sei irgendwie, so sagt er, ein Teil von ihm geworden. Dabei übersieht er den zugemüllten See der früher eine der Kurattraktionen war genauso geflissentlich wie die Vergangenheit. Rob Zomers Blick gilt einzig der Zukunft.

Die Frage, die sich aber gegenwärtig an ihm entzünden könnte, ist die nach dem richtigen Umgang mit Ländern und Menschen, die Opfer von Kriegsverbrechen wurden. Wie sensibel muss die Öffentlichkeit sein, welche Regeln gilt es einzuhalten. Grundvoraussetzung sollte es sein, das ist Konsens, die Leiden der Betroffenen anzuerkennen. Einzig darüber kann eine Kommunikation auf Augenhöhe und gemeinsame Aufarbeitung der Traumata geschehen.

Ob Rob Zomer das verinnerlicht hat ist fraglich wenn man sieht wie er vor seinem Humvee Geländewagen steht und versichert, dass der wirtschaftliche Aufschwung schon nach Srebrenica kommen werde. Ein Humvee, das ist ein Geländewagen mit knapp 300 PS und einem Verbrauch von etwa 20 Litern. Ein kostspieliges Beförderungsmittel, dass auf die Einheimischen nicht nur wegen seiner wirtschaftlichen Symbolik Eindruck macht: Wenn Zomer mit seinem Geländewagen, der ursprünglich für militärische Zwecke gebaut wurde, durch Srebrenica fährt, kann niemand das Abzeichen seiner alten Einheit übersehen, welches er sich auf die Motorhaube hat lackieren lassen. Es erinnert schmerzlich an das Versagen der Blauhelme vor 16 Jahren und lässt die Kluft zu den Opfern umso deutlicher erscheinen.

Reicht es da, dass der ehemalige „Dutchbat“ an den Gedenkfeiern zum Jahrestag von Srebrenica teilnimmt? Vorausgesetzt, Völkerverständigung kann nur funktionieren wenn die Völker sich auf der Ebene der zwischenmenschlichen Kommunikation annähern, was genau denken dann in Srebrenica lebende Bosnier über Rob Zomer? Was sollen wir über Rob Zomer denken? Vielleicht gibt ihm die Zukunft Recht, wenn die ersten Touristen den Ort bereisen. Doch vielleicht tut sich dann eine neue Kluft auf, wenn die Menschen von Srebrenica mit einem wirtschaftlichen Aufschwung konfrontiert werden, an dem sie nicht teilhaben können – und das von ihnen erlebte Grauen für den Rest der Welt an Bedeutung verliert.

Film-Tipp: „Esmas Geheimnis – Grbavica“

Der Spielfilm von Jasmila Žbanić porträtiert anhand der Geschichte einer alleinerziehenden Mutter eine vom Krieg gezeichnete Gesellschaft. Esma lebt mit ihrer Tochter Sara in Grbavica, einem Stadtteil von Sarajevo. Der Krieg ist vorbei, Esma ließ Sara in dem Glauben, ihr Vater sei als Kriegsheld ums Leben gekommen. Tatsächlich aber wurde das Mädchen bei einer Vergewaltigung während des Krieges gezeugt. Die Lüge belastet das Mutter-Tochter-Verhältnis bis Esma ihr Geheimnis preisgibt. (AT/BA/DE/HR 2007)

„Sich ihrer Verführungskraft entziehen“

Ein Gespräch mit Wolfgang Templin, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau

Herr Templin, Sie haben eine eher ungewöhnliche DDR-Biographie. Sie waren SED-Mitglied, IM und später politisch verfolgter Oppositioneller in der DDR. Gibt es ein spezielles Ereignis / eine Einsicht für Ihre Kehrtwende?

Für den längerdauernden Prozess meiner Umkehr und Veränderung gab es eine ganze Reihe wichtiger Erfahrungen und Einschnitte, die in der Rückschau alle zusammen wirkten. In meinen ersten Berliner Jahren, von 1968-1972, konnte ich mich als kritischen, überengagierten jungen Genossen sehen, der bei allen existierenden Mängeln an die überlegene Zukunft des sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsexperimentes glaubte. Dafür engagierte ich mich in der SED und akzeptierte sogar die Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Berliner Realerfahrungen, Gespräche mit vielen Menschen, welche die Frühgeschichte der DDR, den Bau der Mauer und ihre Folgen, welche die Ereignisse von 1968 auf andere Weise verarbeiteten, die Lektüre systemkritischer Literatur mit einigen meiner Kommilitonen ließen Zweifel und Abstand in mir wachsen. Als ich 1974 das Studium der Philosophie abschloss, wusste ich bereits, dass ich mir einen eigenen Weg suchen mußte, der letztendlich den Bruch mit dem DDR-System bedeutete. Auf diesem weiteren Weg wurde ein Jahr Studienaufenthalt in Polen entscheidend, der mich 1976/77 in Kontakt zu polnischen Oppositionellen brachte und mir die entscheidende Bedeutung individuellen Widerstandshandelns sichtbar machte. In den folgenden Ostberliner Jahren waren es meine Kontakte in die unabhängige Friedensszene, die Beteiligung an deren Arbeit und die Mitbegründung neuer Gruppen, die den Bruch mit der offiziellen DDR endgültig machten.

In der Rückschau auf Ihr Leben in der DDR – würden Sie sich als Opfer des Stalinismus bezeichnen?

Als Opfer des DDR-Systems, in dem die Phase des Stalinismus nur einen engeren Zeitraum umschließt, sehe ich Menschen, die häufig, ohne aktiv Widerstand zu leisten, aus ihrer beruflichen Entwicklung gerissen wurden, zahlreichen existentiellen Einschränkungen und Repressionen ausgesetzt waren. Für mich selbst war der Weg in die Opposition ein selbstgewählter, so dass ich mich nicht als Opfer sehe, wenngleich ich einen erheblichen Preis für mein Engagement bezahlen musste.

Wenn Sie Ihre persönliche Erfahrung in der DDR und Ihre Kritikpunkte am Stalinismus betrachten - wie könnten diese Erfahrungen am besten in einem gesamteuropäischen Bewusstsein verankert werden? Was sind aus Ihrer Sicht die dafür richtigen Methoden?

Meine persönliche Erfahrung und spätere Kritik am DDR-System sind das individuelle Beispiel einer biographischen Entwicklung, die sich im deutschen und europäischen Kontext des 20. Jahrhunderts immer wieder abspielte. Kommunismus und Nazismus waren gesellschaftliche Großexperimente mit totalitärem Anspruch und einer entsprechenden Ideologie. Sich ihrer Verführungskraft zu entziehen und im Gegenzug zu den gelebten Werten offener, demokratischer, rechtsstaatlich verfasseter europäischer Gesellschaften zu finden, kennzeichnet über mehrere Jahrzehnte hinweg, zahlreiche Biographien. Die Erinnerung von Zeitzeugen, ihre lebende Präsenz und das Veranschaulichen ihrer Erfahrungen, müssen Teil eines gesamteuropäischen Geschichtskanons werden. Die "Geburt Europas aus dem Geist des Widerstands" ist das treffende Motto dafür.

Eine Sachverständigenkommission des Europäischen Parlaments verfolgt die Idee,

Film-Tipp: „Das Leben der Anderen“

„Das Leben der Anderen“ ist ein Drama aus dem Jahr 2006. Der Film von Florian Henckel von Donnersmarck, Regisseur und Drehbuchautor zugleich, lockte weltweit Millionen von Besuchern in die Kinos. Unter anderem erhielt „Das Leben der Anderen“ 2006 den deutschen sowie den europäischen Filmpreis und 2007 den Oscar in der Kategorie Bester fremdsprachiger Film. Der Film zeigt eindrucksvoll, wie rücksichtslos die Staatssicherheit in die Privatsphäre der Künstler eindrang und welche Bedeutung die Überwachung für die Herrschaft der SED hatte. Er zeigt aber auch, wie sich Menschen gegen das Unterdrückungssystem auflehnten und für andere Menschen eingesetzt haben. (DE 2006)

die Geschichte Europas in einem Museum zu präsentieren. In ihrem Konzeptpapier definiert sie das Ziel; die Kenntnisse der Europäer aller Generationen über ihre eigene Geschichte zu vertiefen und so zu einem besseren Verständnis der Entwicklung Europas in Gegenwart und Zukunft beizutragen. Was halten Sie von der Idee des Hauses der europäischen Geschichte?

Ein "Haus der europäischen Geschichte" sollte sich der wechselvollen Geschichte des Kontinents stellen, die Leistungen seiner Bewohner, aber auch die dunklen Seiten, von kolonialer Expansion und imperialem Großmachtstreben erfassen. Europa wurde nach der Katastrophe des ersten Weltkriegs von kommunistischen und nazistischen totalitären Herrschaftsexperimenten geschüttelt und nutzte nach dem zweiten Weltkrieg in seinem westlichen Teil die Chance für eine friedliche und demokratische Integration. Hier sollten die friedlichen Befreiungsrevolutionen des Jahres 1989, die den Weg für eine gesamteuropäische Integration freimachten einen Schlüsselplatz erhalten.

Das Europäische Parlament hat 2008 den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus ausgerufen, um das Gedenken an die Opfer von Massendeportationen und -vernichtung zu bewahren und somit die Demokratie zu stärken sowie Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent zu fördern. Wie stehen Sie zu einem solchen Gedenktag?

Ich begrüße einen solchen Gedenktag, würde aber statt des verkürzenden und einschränkenden Begriffs "Stalinismus" doch die klare Benennung "Kommunismus" setzen. Beginnend mit der Machteroberung der Bolschewiki 1917 bis zum Zerfall der Sowjetunion trug das damit verbundene gesellschaftliche Großexperiment den Namen Kommunismus, nannten sich seine Anhänger Kommunisten. Werte und Ideale eines anders gearteten "ethischen Kommunismus" zu reklamieren, um sich von der Realität dieser Systeme zu distanzieren, führt hier nicht weiter.

Wie würden Sie die DDR-Geschichte in die gesamteuropäische Erinnerungsgeschichte einordnen? Wird sie genügend repräsentiert?

Es ist noch nicht einmal gelungen, die DDR-Geschichte in die Gesamtgeschichte Deutschlands nach 1945 zu integrieren. In den meisten Darstellungen existiert sie nur als negativer Annex einer positiven Geschichte der Bundesrepublik. Sie muss mit all ihren negativen Konnotationen zum konstitutiven Bestandteil gesamtdeutscher Geschichte in diesem Zeitraum werden. Auf der anderen, übernationalen Seite gilt es die DDR als entscheidenden Pfeiler der Zwangsgemeinschaft von Ostblockstaaten unter Führung der Sowjetunion zu sehen. Erst in dieser Komplexität lassen sich der Platz und das Gewicht der DDR in einer gesamteuropäischen Erinnerungsgeschichte erschließen.

Herr Templin, ich danke Ihnen sehr herzlich für dieses Gespräch und wünsche Ihnen auch im Namen des sozialwissenschaftlichen Fachbereiches der Universität Bremen für Ihre persönliche Zukunft alles Gute.

Interview: Katrin Kittlaus, Foto: Tomasz Kawka

*„Das Leben kann nur in der Schau nach rückwärts verstanden, aber nur in der Schau nach vorwärts gelebt werden.“
(Sören Kierkegaard)*

Über das Projekt

„Topographie Europäischer Erinnerungskonflikte“

„Wenn ich das Ganze mit der europäischen Einigung noch einmal zu machen hätte, würde ich nicht bei der Wirtschaft anfangen, sondern bei der Kultur.“

(Jean Monnet)

Die hier abgedruckten Beiträge von Studierenden des Studiengangs „Integrierte Europastudien“ der Universität Bremen sind im Rahmen des Jean-Monnet-Projektes „Topographie Europäischer Erinnerungskonflikte: Gedächtnisorte einer multi-demokratischen Gemeinschaft“ entstanden. Ziel des Projektes, welches von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms für Lebenslanges Lernen (LLP) gefördert wird, ist es, die politische und zumeist sehr akademische Debatte um Erinnerungskonflikte und Gedächtnisformen in Europa einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Aus dem Projekt heraus sind neben studentischen und wissenschaftlichen Beiträgen auch Lehrmaterialien für den Einsatz im Schulunterricht der Sekundarstufe 2 und für den studentischen Gebrauch entstanden. Im Rahmen des zweisemestrigen Projektes sind bisher Materialien zu mehr oder weniger bekannten Orten Europas entstanden, in und an denen sich langhaltige Konflikte entzündet haben und deren Vergangenheitsbewältigung bis heute nicht abgeschlossen ist.

Für den schulischen Gebrauch wurde für den Bremer Europakoffer eine Modulsammlung zum Thema „Europas Gedächtnis“ erarbeitet. Hier können zu spezifischen Themen Arbeitsmaterialien, Folien, Filmhinweise oder Bildmaterial heruntergeladen werden. Jedes Modul ist mit einem didaktischen Leitfaden und mit nützlichem Hintergrundmaterial versehen. Ziel des Lehrmoduls "Europas Gedächtnis" ist es, europäische Erinnerungskonflikte zum Gegenstand eines "europäisierten" Geschichts- und Politikunterrichts zu machen. Anhand neuer multimedialer und interdisziplinärer Lehrmethoden können so nationale Erfahrungen und Traumata aus einer transnationalen Perspektive betrachtet und erfahrbar werden. Dabei liegt der Schwerpunkt der Auseinandersetzung im Erlernen interkultureller politischer Kommunikation. Die beabsichtigte Wirkung dieses Europäischen Lehrmoduls soll sein, jüngeren Generationen das Wissen über Totalitarismen und Gewaltexzesse im Europa des 20. Jahrhunderts zu vermitteln.

Darüber hinaus sollen Schülerinnen und Schüler die Fähigkeit erwerben, national verfestigte Konfliktstrukturen zu erkennen, Lösungsansätze multiperspektivisch zu reflektieren und praktisch auszuhandeln. Vorgestellt werden hier Erinnerungskonflikte in sieben europäischen Regionen (Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Finnland, Kosovo, Nordirland, Polen, Spanien) anhand derer Lösungsstrategien und Perspektiven für einen transnationalen und interkulturellen Austausch erlernt und erprobt werden können. Die Materialien sind abrufbar unter www.europakoffer.de

Eine eher akademische Materialsammlung und tiefergehende Auseinandersetzungen mit Erinnerungskonflikten und deren Aufarbeitungsformen findet sich auf der offiziellen Homepage des Projektes (www.memories.uni-bremen.de). Die dort veröffentlichten Materialien sind von einem interdisziplinären Team von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie von Studierenden der "Integrierten Europastudien" der Universität Bremen erarbeitet worden. Zusätzlich zu den hier abgedruckten Beiträgen und den Schulmaterialien, sind hier Informationen zu relevanten Publikationen, spezifischen nationalen Erinnerungsformen und -Politiken und weitergehende Lehrmodule zu finden. Das sich fortsetzende Projekt wird als Ergebnis ein bislang noch nicht existierendes Europäisches Lehrmodul entwickeln, welches drei Komponenten umfasst: 1) Eine multi- und intermediale Topographie exemplarischer „europäischer Gedächtnisorte“, anhand welcher sich bis in die Gegenwart hinein wirkende europäische Erinnerungskonflikte lokal erfahren und multiperspektivisch reflektieren lassen; 2) Die methodische Anwendung von Übersetzungstheorie und multikulturell-deliberativen Demokratietheorien als Grundlagen für multiperspektivische Lern- und Dialogansätze; sowie 3) deren praktische Einübung mittels transnationaler Rollenspiele und Simulationen praktisch eingeübt werden können.

„Ein gewisses Maß an Vernachlässigung und sogar Vergessen sind notwendige Bedingungen für gesellschaftliche Gesundheit. Damit möchte ich nicht der Amnesie als Lebensform das Wort reden. Eine Nation muß erst etwas zu erinnern haben, bevor sie etwas vergessen kann.“

(Tony Judt)

Impressum und Kontakt:

Universität Bremen - Jean-Monnet-Centre for European Studies (CEuS) Enrique-Schmidt-Str. 7

28359 Bremen

<http://www.monnet-centre.uni-bremen.de>



GD Bildung und Kultur

Programm für lebenslanges Lernen



Universität Bremen

